

Editorial

Für die westeuropäische Linke war Lateinamerika jahrzehntlang ein wichtiger Bezugspunkt, zuweilen auch eine Projektionsfläche eigener Wünsche und Hoffnungen. Gab es dort doch nicht nur korrupte Oligarchien und brutale Militärdiktaturen, sondern auch den militanten Widerstand dagegen, der häufig eine breite Basis in der Bevölkerung hatte. Von der kubanischen Revolution und dem Mythos Che Guevara über die Stadtguerilla der Tupamaros in Uruguay und Allendes Versuch einer parlamentarischen Machtübernahme in Chile waren die lateinamerikanischen Verhältnisse vor allem in den späten 1960er und in den frühen 1970er Jahren ein strategischer Orientierungspunkt für die Debatten der westeuropäischen Linken. Auch das Scheitern jener Projekte bestimmte noch die Fragen, die hier gestellt wurden: Welche Schlüsse sollte man aus dem gewaltsamen Ende von Allendes Experiment ziehen, dass eine parlamentarische Orientierung von vornherein verfehlt war oder dass die gesellschaftliche Basis noch viel breiter werden müsse, damit die Linke die Regierung mit einigem Erfolg übernehmen könne?

In den 1970er Jahren wurden die Hoffnungen auf eine schnelle Veränderung grundlegender gesellschaftlicher Verhältnisse dann aber sehr schnell enttäuscht. In vielen Ländern Lateinamerikas, vor allem in Chile und Argentinien sorgten blutige, von den USA gestützte Militärdiktaturen dafür, dass die Linke keine Chance mehr hatte. Und in Westeuropa zeigte sich, dass der Funke des Mai 68

eben doch nicht auf einen größeren Teil der Gesellschaft übersprang.

Vom Sieg der sandinistischen Guerilla 1979 in Nicaragua ging dann zwar noch einmal eine starke Faszination aus, aber nicht mehr die Erwartung, dass dies der Auftakt für eine neue Serie weltweiter revolutionärer Entwicklungen sei. Statt solcher Erwartungen entwickelte sich eine Welle internationaler Solidarität. Viele Linke wollten sich am Aufbau in Nicaragua beteiligen und das Land gegen die Aggression der USA schützen, die unter Ronald Reagan schon bald einen unerklärten Krieg gegen das sandinistische Nicaragua führten.

Einzig in El Salvador schien es eine Zeitlang so, als könnte die Guerilla der FMLN einen ähnlichen Erfolg wie die Sandinisten in Nicaragua erringen, was ebenfalls eine große Unterstützung mobilisierte. So lancierte die taz, auch wenn man sich das heute vielleicht nur schwer vorstellen kann, Anfang der 1980er Jahre die Spendenkampagne „Waffen für El Salvador“. Allerdings konnte die FMLN den erhofften Sieg nicht erringen; stattdessen wurden die Sandinisten 1990 abgewählt.

Nachdem das Interesse für Lateinamerika in der Linken merklich abgenommen hatte, sollte sich dies seit Mitte der 90er Jahre wieder ändern. Mit den mexikanischen Zapatisten trat eine neue Bewegung auf den Plan, die nicht einfach die alten Guerillakonzepte wiederbelebte, sondern die eher von deren Unzulänglichkeit ausging. Sie wirkten nicht durch militante Auseinandersetzungen, sondern

vor allem durch die intelligente Benutzung der Medien und das Setzen von Themen. Und spätestens seit der Jahrtausendwende als es in Südamerika zu teilweise recht deutlichen Wahlsiegen von linken Parteien und Präsidentschaftskandidaten kam, ist Lateinamerika wieder einmal ins Zentrum des Interesses gerückt.

Allerdings umfassen die sozialen Kämpfe in Lateinamerika noch weit mehr, als das, was in den verschiedenen Konjunkturen der Aufmerksamkeit gerade wahrgenommen wurde. *Mónica Bruckmann* und *Theotonio dos Santos* geben in ihrem Beitrag zu diesem Heft einen kursorischen Überblick über die Entwicklung der sozialen Bewegungen Lateinamerikas von ihren anarchistisch geprägten Anfängen bis zur Gegenwart.

Lateinamerika war aber nicht nur ein Feld besonders harter und weit reichender gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, vor allem seit den 1980er Jahren war es auch das wichtigste Experimentierfeld neoliberaler Wirtschaftspolitik. Häufig von autoritären Regimes gegen den Protest der Bevölkerung geschützt, konnte hier praktisch ausprobiert werden, was sich die radikalen Verfechter eines unregulierten kapitalistischen Marktes in ihren abstrakten Modellwelten ausgedacht hatten. Die Folgen waren in den meisten Fällen sowohl für die Mehrheit der Bevölkerung als auch für die wirtschaftlichen Strukturen der Länder desaströs. Entwicklungspolitisch gelten die 80er Jahre als „verlorenes Jahrzehnt“. Doch Krise und Protest ließen sich nicht auf Dauer unterdrücken. Im Laufe der Zeit verschwand eine Militärdiktatur nach der anderen. Zwar reduzierte sich bei diesem „Demokratisierungsprozess“ in den meisten Ländern die offene Repression (was nicht gering zu schätzen ist); an der Regierung wechselten sich aber in den meisten Fällen nur wieder die traditionellen Parteien der alten Oligarchien ab. Die als „Washington Konsens“ bezeichnete neoliberale Wirtschaftspolitik, deren oberstes Ziel die vom IWF geforderte

Bedienung der Auslandsschulden ist, wurde jedoch fortgeführt.

In zivilgesellschaftlichen Protesten und zuletzt auch in einer Reihe von Wahlen, wurde dieser Politik eine immer deutlichere Absage erteilt. Ideologisch hat der Neoliberalismus in Lateinamerika seine Hegemonie verloren. Doch bedeutet dies nicht automatisch, dass die verschiedenen Linksregierungen auch tatsächlich einen Bruch mit der vorherigen Politik vollziehen (vgl. dazu auch den Artikel von Emir Sader in *PROKLA* 141, Dezember 2005). Am größten waren die Enttäuschungen bei Lula da Silva, dem aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangenen Präsidenten Brasiliens, an den sich vielleicht auch besonders hohe Erwartungen geknüpft hatten. Nicht nur wurde recht schnell deutlich, dass, um die Finanzmärkte freundlich zu stimmen, die neoliberale Politik weitgehend fortgeführt wird (siehe dazu den Beitrag von Leda Paulani in *PROKLA* 138, März 2004), inzwischen ziehen auch Korruptionsskandale und Klientelwirtschaft, in die maßgebliche Funktionäre von Lulas Arbeiterpartei PT verstrickt sind, immer weitere Kreise.

Wesentlich positiver ist, bislang zumindest, die Entwicklung in Venezuela verlaufen. Gestützt auf den Rückhalt im Militär und die sprudelnden Öleinnahmen, aber zum Teil gegen den eigenen Staatsapparat hat die Regierung von Hugo Chavez eine Reihe von sozialen, medizinischen und pädagogischen Projekten angestoßen, die den bislang marginalisierten Schichten zugute kommen. Wie wenig die bisherige Entwicklung in Venezuela jedoch in die verbreiteten Analyse-raster passen, macht *Raul Zelik* in seinem Beitrag deutlich, der deshalb auf Begrifflichkeiten von Gilles Deleuze zurückgreift.

Eher in die klassischen Schemata passt die Entwicklung in Uruguay, die von *Ernesto Kroch* bis zu ihren Wurzeln im 19. Jahrhundert zurückverfolgt wird. Hier war es eine kontinuierlich wachsende und ihre Basis verbreiternde Linksko-

lition, die *Frente Amplio*, die bereits seit 15 Jahren in der Hauptstadt und größten Provinz, Montevideo, regiert und deren Kandidat im Jahre 2004 schließlich auch die Präsidentschaftswahlen gewonnen hat.

Der jüngste Wahlsieg eines linken Präsidentschaftskandidaten datiert vom Dezember 2005 als Evo Morales mit seiner „Bewegung für den Sozialismus“ (MAS) die Wahlen in Bolivien gewann und damit zugleich zum ersten indigenen Präsidenten eines lateinamerikanischen Landes wurde. Die Herausbildung indigener Parteien und die Bedingungen ihres Wahlerfolges untersucht *Roberta Rice*.

Bei der Mehrzahl der neuen, meistens als „Mitte links“ kategorisierten Regierungen Lateinamerikas handelt es sich um pragmatische Reformer, die keine grundlegend neuen Gesellschaftsentwürfe präsentieren, sondern vor allem die schlimmsten Auswüchse des Neoliberalismus beseitigen wollen, was für die Mehrheit der Bevölkerung aber schon ein enormer Fortschritt wäre. *Arturo Guillén R.* versucht in seinem Beitrag die Analysen des 2004 verstorbenen Ökonomen Celso Furtado, der seit den 50er Jahren einen enormen Einfluss auf die entwicklungspolitische Debatte in Lateinamerika hatte, für ein solches alternatives Entwicklungsmodell fruchtbar zu machen.

Dass aber alle solche Modelle auf strukturell bedingte Schwierigkeiten stoßen, macht der Beitrag von *Ingo Malcher* deutlich. Nach wie vor sind die meisten lateinamerikanischen Länder auf Kredite angewiesen, die sie an den internationalen Kreditmärkten aufnehmen müssen. Entscheidend für die dabei zu zahlenden Zinsen ist ihre „Kreditwürdigkeit“ und die wird von privaten Rating Agenturen scheinbar objektiv und neutral ermittelt. In deren Beurteilungskriterien gehen aber genau die Parameter neoliberaler Wirtschaftspolitik ein, von denen sich die Mitte-links Regierungen zumindest teilweise lösen wollen.

Außer den mehr oder weniger großen Veränderungen im Innern der einzelnen

Länder könnte die Welle von Regierungswechseln längerfristig aber auch geoökonomische und geopolitische Veränderungen haben. So war es nicht zuletzt Venezuela, das die fast schon bedeutungslos gewordene OPEC wieder belebte. Gleichzeitig initiierte Venezuela mit *Petrocaribe* auch eine energiepolitische Zusammenarbeit im karibischen Raum und unterstützt die ärmeren Staaten. Vor allem aber gelang es den großen südamerikanischen Ländern durch ihren gemeinsamen Widerstand den US-amerikanischen Plan einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA oder FTAA) bis auf weiteres zu stoppen, was von *Ana García* in ihrem Beitrag analysiert wird. Zwar sind die Aussichten des Alternativprojektes ALBA (einer „bolivarischen“ Einheit der südamerikanischen Länder) noch recht unklar. Doch in jedem Fall fällt den USA die Kontrolle ihres lateinamerikanischen „Hinterhofes“ zunehmend schwerer.

Aus solchen und ähnlichen Entwicklungen wurde im Rahmen der Weltsystemtheorie auf den bevorstehenden Niedergang der US-amerikanischen Hegemonie geschlossen (vergleiche dazu die Kontroverse zwischen Immanuel Wallerstein und Stephen Gill in *PROKLA* 133, Dezember 2003 und *PROKLA* 135, Juni 2004, sowie den Artikel von Miriam Heigl in *PROKLA* 139, Juni 2005). Allerdings zeigt sich gerade am Beispiel Lateinamerika, dass die ökonomischen und politischen Entwicklungen keineswegs so eindeutig sind, wie in solchen Thesen unterstellt wird. China, das sich seit über 20 Jahren mit enormen Wachstumsraten entwickelt und inzwischen bereits zur viertgrößten Wirtschaftsmacht aufgerückt ist, stellt nicht nur für die führenden kapitalistischen Länder eine immer größer werdende Konkurrenz dar. Ganz unmittelbar konkurriert China mit vergleichbaren, aber erheblich kleineren Schwellenländern. *Enrique Dussel Peters* untersucht in seinem Beitrag die Konsequenzen der chinesischen Exportoffensive für die lateinamerikanischen Ökonomien am

Beispiel Mexikos. Alle Formen einer exportorientierten Entwicklung, wie sie Mexiko mit seiner Mitgliedschaft in der NAFTA anstrebte, stoßen angesichts des Umfangs und der Billigkeit der chinesischen Exporte an Grenzen. Zwar steigen auch die chinesischen Importe, doch haben davon bislang vor allem die ostasiatischen Ökonomien profitiert. Ein sowohl sozial als auch ökologisch nachhaltiges Entwicklungsmodell für Lateinamerika ist noch längst nicht in Sicht und es wird sich wohl auch nicht allein auf Lateinamerika beschränken können.

Nicht nur als Autor und Übersetzer, sondern auch als Gastredakteur wirkte an diesem Heft *Raul Zelik* mit, bei dem wir uns für vielfältige Anregungen und Unterstützung ganz herzlich bedanken.

* * *

Im Dezember 2005 fand die Mitgliederversammlung der „Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie“ statt, die die PROKLA herausgibt und die Redaktion wählt. Neu in die Redaktion gewählt wurden Dorothee Bohle und Stephan Lessenich. Dorothee Bohle ist Politikwissenschaftlerin und lehrt an der Universität Budapest, Stephan Lessenich ist Soziologe und lehrt an der Universität Jena. Wie manch andere politisch-wissenschaftliche Zeitschriften hat auch die PROKLA Finanzprobleme: die Kosten steigen, die Einnahmen stagnieren oder sinken, so dass in den letzten Jahren das

Ergebnis ein steigendes Defizit war. Daher sieht sich der Verlag leider zu einer Preiserhöhung gezwungen – der ersten seit 1998. Im Einzelverkauf kostet ein Heft jetzt statt 10,50 Euro nun 12 Euro. Der Abonnementpreis bleibt jedoch gleich 8,25 Euro (plus Porto) pro Heft. Da das Abonnement gegenüber dem Einzelbezug jetzt noch günstiger wird, hoffen wir, dass sich möglichst viele Leser und Leserinnen demnächst für ein Abo entscheiden werden.

Allerdings ist bereits absehbar, dass diese mäßige Preiserhöhung die Finanzprobleme der PROKLA nicht vollständig lösen wird. Wir bitten daher die bisherigen wie auch die neuen Abonnenten zu überlegen, ob sie ihr normales Abo (Jahrespreis 33,- Euro plus Porto) nicht in ein Förderabo der PROKLA (Jahrespreis 60,- Euro inklusive Porto) verwandeln wollen. Wer an einem solchen Förderabo interessiert ist, kann uns dies per e-mail (redaktion@prokla.de) oder schriftlich (Postfach 100 529, 10565 Berlin) mitteilen.

Darüberhinaus besteht die Möglichkeit die Herausgabe der PROKLA durch Mitgliedschaft in der Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie oder durch eine Spende an die Vereinigung zu fördern. Da die Vereinigung als gemeinnützig anerkannt wurde, können für Mitgliedsbeiträge und Spenden auch steuerabzugsfähige Spendenquittungen ausgestellt werden. Außer über finanzielle Unterstützung freut sich die Redaktion auch über alle Formen von Anregungen und Kritik durch die Leser und Leserinnen.